

Anträge der IGEL-Fraktion für den HH 2021

Die Haushaltsdebatte zum Haushaltsentwurf 2021 fand als absolutes Novum im Rahmen einer Online-Sitzung am 8. Februar 2021 statt. Das verlangte allen Beteiligten einiges ab: höchste Konzentration und „Sprechdisziplin“, sowie den Verzicht auf direkten Austausch mit den Fraktionskolleginnen und -kollegen.

Die IGEL-Fraktion ging mit folgenden Anträgen zum Haushalt 2021 ins Rennen:

1. Antrag: Carsharing - Standort in Laichingen

Wir beantragen, bei regionalen Carsharing-Anbietern ein Angebot einzuholen für einen Standort in Laichingen, der Ladesäule plus Elektroauto bereithält. Wir halten Carsharing für einen weiteren Baustein flexibler Mobilität, ein individuelles Angebot an die Bevölkerung für spontane oder geplante Autofahrten, wenn das bestehende ÖPNV-Angebot mal nicht passt oder ein eigener PKW nicht zur Verfügung steht.

Finanzierung: Nach Rücksprache mit dem Anbieter swu2go sind mit 12 000 € zu rechnen für Ladesäule mit Elektroauto (Bei vorhandener Ladesäule betragen die Kosten 8 000 €)

Da beim Haushaltsposten „Amtsblatt“ mehr Geld als nötig eingestellt wurde, könnte etwas hierfür verwendet werden, eventuell auch für 2 Fahrzeuge.

Nutzen: erweitertes Mobilitätsangebot und evtl. Verzicht auf teure Zweitwagen.

Der Antrag wurde mit 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Allerdings wird die Verwaltung versuchen, einen Anbieter für Carsharing zu finden, der das Projekt kostenneutral anbietet.

2. Antrag: Einrichtung einer Ladestation für e-bikes an der Laichinger Tiefenhöhle

Die Laichinger Tiefenhöhle liegt an einem Premium-Radweg (Alb-Täler) und wird jeden Sommer von vielen Radlern besucht. Da inzwischen viele Fahrradfahrer mit elektrischer Unterstützung fahren, schlagen wir vor, an der Laichinger Tiefenhöhle eine Ladestation für e-bikes einzurichten.

Finanziert werden könnte diese Maßnahme aus dem Betrag für das Tourismuskonzept, kommt sie doch direkt den radelnden Besuchern von Laichingen zugute und ist deshalb eine gute Werbung für unsere Stadt.

Der Antrag wurde mit 14 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

3. Antrag: Beitritt zum Klimaschutzpakt des Landes BW

Klimaschutz gewinnt in Kommunen ständig an Bedeutung, sind doch Städte und Gemeinden ein zentraler Dreh- und Angelpunkt beim Klimaschutz und erfüllen zugleich eine wichtige Vorbildfunktion für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Über Mobilität, Gebäudesanierung und Neubau, Wärme- und Stromerzeugung sowie Beschaffung sollte künftig unter dem Aspekt der Folgen für Klima und Umwelt entschieden werden.

Wir beantragen daher, dem Klimaschutzpakt Baden-Württemberg beizutreten und die Erklärung zum Klimabündnis zu unterzeichnen.

Da die Kommunen des Landes angehalten sind, bis 2040 klimaneutral zu arbeiten, sollte rechtzeitig mit einem Umdenken in Entscheidungsprozessen begonnen werden. Möglichen Verteuerungen bei Neubauten und Sanierungen durch klimarelevante Vorgaben stehen auf der anderen Seite erhöhte Fördermittel und Zuschüsse gegenüber für die Teilnehmer des Klimaschutzpakts.

Bisher sind 292 Kommunen in Baden-Württemberg dem Bündnis beigetreten, mit Nellingen 293.

Klimaschutz darf nicht nur als Auftrag für Privatpersonen oder Unternehmen gesehen werden, sondern muss künftig in den Fokus rücken bei allen kommunalen Entscheidungen. Hilfreich in diesem Zusammenhang wäre die Erhebung einer Energiebilanz für unsere Stadt in einem Energie- bzw. Nachhaltigkeitsbericht, der Aufschluss gibt über den Ist-Stand bei Strom- Wasser- und Wärmeverbrauch sowie den Stand zum Ausbau erneuerbarer Energien.

4. Antrag : Biotopverbund

Intensive Landwirtschaft, Flächenversiegelung und die Zerschneidung von Lebensräumen von zahlreichen Tierarten haben mittlerweile zu einem alarmierenden Artenschwund geführt, dem dringend Einhalt geboten werden muss, wollen wir uns nicht unserer eigenen Lebensgrundlagen berauben. Aus diesem Grund haben sowohl Bundes- als auch Landesregierung Maßnahmen zu einem Biotopverbund beschlossen, damit eine Verbreitung von Tieren und Pflanzen innerhalb der Arten auf ausreichend großen Flächen gewährleistet ist. Für diesen Biotopverbund müssen in den kommenden Jahren Flächen zur Verfügung gestellt werden. Kommunen sollten sich frühzeitig mit dem Thema beschäftigen, denn momentan gibt es noch sehr günstige Fördermöglichkeiten, die auch für die Landwirtschaft von Vorteil sind. Die IGEL-Fraktion beantragt deswegen eine baldige Beschäftigung mit dem Thema und schlägt als ersten Schritt eine Einladung der neuen vom Landschaftserhaltungsverband (LEV) im Alb-Donau-Kreis für die Beratung der Kommunen in Sachen Biotopverbund zuständigen Landschaftsplanerin Annette Schellenberg zu einer der nächsten Gemeinderatssitzungen vor.

Die Anträge 3 und 4 wurden als nicht haushaltsrelevant erachtet. Sie werden in einer der nächsten Sitzungen erneut gestellt werden.